

konnte. Deshalb sagte ich: „Ich war stolz darauf, Vorsitzender dieser großen, ältesten demokratischen Partei Deutschlands sein zu dürfen. Aber die Aufgabe als Bundeskanzler, sozialdemokratische Politik eben nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und darüber hinaus zu gestalten, erfordert schon die ganze Kraft eines Menschen – übrigens gestützt auf die, die ich liebe und die mich lieben.“

Der Wechsel im Parteivorsitz hat die Basis dafür geschaffen, dass ich im Jahr 2004 den eingeschlagenen Reformkurs der Agenda 2010 durchhalten konnte. Denn ohne Zweifel wäre nach den verheerenden Wahlniederlagen für die SPD im Juni bei mehreren Kommunalwahlen und insbesondere bei der Europawahl, die mit 21,5 Prozent für die SPD desaströs endete, eine neue Personaldebatte aufgebrochen. Sie



MASATOMO KURIYA / CORBIS

Terrorangriff auf das World Trade Center „Fischer kam als Erster“

hätte mich gezwungen, auf Druck der SPD-Linken den Parteivorsitz aufzugeben. Ein solcher erzwungener Schritt wäre aber definitiv auch das Ende der Kanzlerschaft gewesen. Im Rückblick betrachtet war das Jahr 2004 wohl das schwierigste Jahr meiner Regierungszeit. In dieser Zeit habe ich gelernt, dass man Reformen nicht nur ankündigen und gesetzgeberisch realisieren muss, sondern dass es noch wichtiger ist, in der Phase der Umsetzung standfest zu bleiben – gegen alle Widerstände in Parteien, Verbänden und in der Gesellschaft.

Eine weitere Erfahrung war für mich ebenso wichtig: Es gibt eine zeitliche Lücke zwischen den teilweise schmerzlichen Reformbeschlüssen und den erst später einsetzenden Erfolgen. Da Politik sich in Deutschland ständig neu legitimieren muss – zeitversetzt in Kommunal- und Landtagswahlen in 16 Bundesländern –, droht die Gefahr der unmittelbaren Abstrafung durch den Wähler, weil die positiven Wirkungen von Reformen nicht von heute auf morgen einsetzen.

In diese zeitliche Kluft fiel im Jahr 2004 meine Politik wegen der großen Zahl re-

schen Botschaft nach Berlin gekommen war. Wir besprachen Fragen des Beitrags seines Landes zur Europäischen Union. Wirkliche Probleme gab es nicht zu erörtern angesichts des vielfach bekräftigten Willens der Ungarn, sich der EU anzuschließen. Also business as usual. Kurz vor 15 Uhr war ich wieder in meinem Büro und arbeitete die Rede zum Haushalt durch, die ich am Tag darauf im Deutschen Bundestag zu halten hatte.

In diesen Minuten stürzte die Leiterin meines Büros, Sigrid Krampitz, ins Arbeitszimmer. Ich erinnere mich genau an ihre Worte: „Es gibt einen Angriff auf das World Trade Center in New York.“ Unmittelbar danach wurde der erste Anruf zu mir durchgestellt. Es war meine Frau, die schluchzend sagte: „Mach das Fernsehen an, es ist schrecklich.“ Für sie, die als Journalistin in New York gelebt hatte, war diese Stadt mehr als nur ein Ort in der Welt. New York

war zu ihrer Stadt geworden, die für sie wie keine andere das Miteinander der Kulturen lebt und die in Manhattan die kunterbunte Spiegelung des Blauen Planeten mit all seiner menschlichen Vielfalt bietet. New York ist für viele die Stadt der Freiheit und der Toleranz. Über Jahrhunderte war diese Stadt Zufluchtsort für Bedrängte, Verfolgte und Flüchtlinge aus aller Welt.

Ich schaltete den Fernseher an. Die Bilder, die ich sah, erschütterten mich zutiefst. Ich kann ihre Abfolge nicht mehr rekapitulieren, aber ich entsinne mich, gesehen zu haben, wie verzweifelte Menschen aus den Fenstern der Twin Towers sprangen. Menschen, die wussten, dass sie sterben würden, und nur dem weit qualvoller Tod durch Ersticken oder Verbrennen entkommen wollten. Ich erinnere mich an Menschen, die auf den Straßen um ihr Leben rannten, und an meine eigenen Tränen, geweint aus Mitleid mit jenen unschuldigen Menschen, die dem Inferno ausgesetzt waren. Ohnmacht und daraus folgende Wut auf die Täter waren meine ersten Reaktionen.

Über tiefer gehende politische Implikationen habe ich in diesen Momenten noch nicht nachgedacht. Zu sehr stand ich unter dem Eindruck des Grauens. Mir war aber klar, dass nach diesen Angriffen auf Amerika nichts wieder so sein würde wie zuvor. Klar war auch, dass wir uns in der Regierung sehr schnell über die Folgen zu vergewissern hatten. Also telefonierte ich mit Außenminister Fischer, mit Innenminister Schily und Verteidigungsminister Scharping, die ich sofort zu mir ins Kanzleramt einbestellte.

Als Erster kam Fischer, ungemein ernst und besorgt. Den Teilnehmern dieser ersten Konferenz war bewusst, dass die amerikanische Regierung handeln musste und handeln würde. Mir kam es darauf an, dass Deutschland möglichst geschlossen, also unter Einbeziehung der Opposition, zu agieren und ebenso geschlossen seine Bündnispflichten zu erfüllen hatte. Dass dies auch die mögliche Teilnahme der Bundeswehr an amerikanischen Militäreinsätzen einschließen könnte, stand mir deutlich vor Augen. Es galt, das Kabinett, die Koalition und die Opposition von der Notwendigkeit uneingeschränkter Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu überzeugen.